Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 317

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 24. Juli

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 36 mm breite mm-Grundzeile (0) 4. Die 6gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Erhöhung der Kohlenförderung

Konferenz im Reichsernährungsministerium

b. Berlin, 27. Juli.

Die Reichsregierung hat die Vertreter der Zechenbesitzer und der Bergarbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen Konferenz für heute nach Berlin berufen zur Besprechung der durch das Kohlenabkommen von Spa geschaffenen Lage. In den Verhandlungen sollen in erster Linie die Frage des Ueberschichtenwesens, die Ernährung der Arbeiter im Ruhrbergbau sowie auch die Forderung der Ueberbetriebsarbeiter im Ruhrbergbau auf Erhöhung des Lohnzuschlags für Sonntagsarbeit besprochen werden. Die Erledigung dieser Fragen gilt als eine Vorbedingung für eine Erhöhung der Kohlenförderung, ohne die ja eine Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen gegenüber der Entente überhaupt unmöglich sind. Das Ergebnis der Berliner Konferenz soll die Unterlage bilden für eine dann im Ruhrrevier unter Teilnahme der Regierung stattfindende gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau, der noch besondere Besprechungen der Arbeiterführer und der einzelnen Bergarbeiterverbände vorausgehen werden.

Die Arbeitervertreter werden in den Berliner Verhandlungen besonderen Wert legen auf Forderung einer durchgreifenden Erneuerung der technischen Betriebsverhältnisse auf den Zechen, von der man sich, ohne eine allgemeine Arbeitsverlängerung im Bergbau, eine Hebung der Kohlenförderung verspricht. Weiter werden die Bergarbeiterführer die Einführung eines billigen Vorortstarifs im Ruhrrevier verlangen, da diese Frage bei den mangelhaften Zugverbindungen im Ruhrbezirk für die Bergarbeiterbevölkerung der ländlichen Kreise von großer Bedeutung ist. Im Anschluß an diese Verhandlungen werden Besprechungen des Reichsernährungsministeriums mit den Organisationen der Landwirtschaft folgen über die Frage der Verbesserung der Volksernährung.

Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers heute vormittag ½11 Uhr im Reichsernährungsministerium begonnen haben, wurden durch ein Referat Dr. Bodensteins vom Reichsarbeitsministerium eingeleitet, der einen kurzen Ueberblick über den Verlauf der Verhandlungen in Spa gab, die indirekt die heutige Konferenz veranlaßt haben.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns kam als zweiter Redner in seinen Ausführungen zu dem Schlusse, daß man das Ergebnis der Verhandlungen in Spa, so tief einschneidend es auch für das deutsche Wirtschaftsleben sei, doch als gegeben ansehen und die deutsche Arbeit darauf einstellen müsse.

Nach ihm sprach Reichsernährungsminister Dr. Hermes kurz über die durch die erforderliche Mehrförderung an Kohlen gegebene Verbesserung der Bergarbeiterernährung.

„Wir haben", so führte der Minister aus, „die Erfahrung gemacht, die auch in Spa immer wieder vertreten wurde, daß diese Fragen nicht einzeln betrachtet werden dürfen, sondern daß die Rückwirkung der einen Frage auf die anderen so außerordentlich stark ist, daß sie im Zusammenhang erörtert und durchgeführt werden müssen. Darum ist es auch nicht möglich, die Ernährungsfrage etwa herauszugreifen."

In der anschließenden Debatte wurden die verschiedensten Fragen berührt, wie Vermehrung der Belegschaft, stärkere Siedlung, um Arbeiterwohnungen zu schaffen, stärkere Heranziehung der Braunkohlenindustrie. Selbstverständlich spielt die Ernährungsfrage eine sehr große Rolle, wie dies auch von allen Seiten gleichmäßig hervorgehoben wurde. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft; sowohl von seiten der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer wurde eifrig eingegriffen. Auch der Reichstagsabgeordnete Stinnes nahm daran regen Anteil.

Die Konferenz kam zu folgendem Ergebnis:

1. Es ist rund 1 Million Tonnen Mehrförderung gegenüber der Maiförderung erforderlich. Wenn trotz der bevorstehenden Lieferung an die Entente unsere deutsche Wirtschaft auch nur in ihrem heutigen Bestande aufrecht erhalten bleiben soll.
2. Die Braunkohle kann und soll stärker herangezogen werden.
3. Zunächst ist eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Angriff zu nehmen.
4. Das bestehende Ueberschichtenabkommen soll nicht gekündigt werden; etwaige Differenzen sollen in baldigen Verhandlungen geklärt werden.
5. Es empfiehlt sich, daß zunächst die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine Prüfung darüber eintreten, welche Maßnahmen zur Erzielung der Mehrförderung zu ergreifen sind.
6. Es sollen Beratungen innerhalb der einzelnen Bergwerksdistrikte stattfinden, die durch das Reichsarbeitsministerium einzuleiten sind.
7. Jeglicher Verschiebung von Kohlen ist mit größtem Nachdruck entgegenzutreten.

Am Nachmittag fand eine weitere Besprechung im engeren Kreise zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Vertretern des Bergbaues statt, die sich mit der Frage befaßte, welche Lebensmittellieferungen für die Bergleute in erster Linie in Betracht kommen.

Das Ergebnis der heutigen Konferenz soll als Unterlage dienen für eine im Ruhrrevier unter Beteiligung der Regierung abzuhaltende gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrkohlenbergbau.

Die Polen bei Augustowo überrannt

b. Kopenhagen, 23. Juli.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Lage an der polnisch-russischen Front verschlechtert sich dauernd. Die polnischen Truppen, welche sich zwischen Augustowo und Suwalki zu neuem Widerstande konzentriert hatten, sind durch neu aufgestellte russische Formationen überrannt worden. Bei Grodno gelang es russischer Kavallerie, in die Flanke der polnischen Verteidiger zu gelangen und diese zum Rückzuge über den Njemen zu veranlassen.

h. Berlin, 23. Juli.

Der Vormarsch der russischen Sowjetarmeen wird von den hiesigen militärischen Kreisen aufmerksam verfolgt, hat aber zu weiteren Schutzmaßnahmen an der ostpreußischen Grenze als den bisherigen noch nicht geführt. Nach den bisher eingetroffenen Meldungen hat sich russische Kavallerie, die wahrscheinlich den Flankenschutz des rechten Flügels der Armee bildet, in Augustowo gezeigt.

Aus Suwalki kommt die Nachricht, daß dort zweirussische Kavallerieregimenter gesichtet wurden, die zweifellos die Spitzen heranrückender russischer Verbände bilden. Damit ist der russisch-polnische Kriegsschauplatz bis in das ostpreußische Grenzbereich herangerückt. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Eine Antwort der Entente auf die deutsche Note ist in Berlin noch nicht eingetroffen, es liegen auch keine Anzeichen darüber vor, wie die Entente die deutsche Note zu beantworten gedenkt. In hiesigen militärischen Kreisen hält man die Forderung der deutschen Regierung für eine absolute Notwendigkeit zur Durchführung der deutschen Neutralität.

Polens Bitte um Waffenstillstand

b. Warschau, 23. Juli.

Nach der russischen Ablehnung einer Friedensvermittlung hat (wie bereits kurz gemeldet) der polnische Verteidigungsrat sofort zusammen und beschloß, ein Ministerium der nationalen Verteidigung zu bilden. Gleichzeitig wurde ein Funkspruch formuliert, in dem sich diese neu gebildete Regierung im Namen Polens unmittelbar an die Moskauer Regierung mit der Bitte um Waffenruhe wendet. Aus Paris werden für den Fall der Fortsetzung des Krieges große Unterstützungen in Aussicht gestellt. Nach einer Blättermeldung soll die englische Regierung ihr Desinteressement an dem polnisch-russischen Konflikt ausgesprochen haben. Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Obernsdorf, tritt übrigens heute einen längeren Urlaub an. Als Vertreter Deutschlands in dieser kritischen Zeit verbleibt Legationsrat von Dirksen.

Die Tschechen mobilisieren

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Prag, 23. Juli.

Wie verlautet, hat der Minister für nationale Verteidigung in einer Konferenz mit dem Generalstabschef und Korpskommandanten beschlossen, die Maßnahmen zu einer teilweisen Mobilisation der tschechischen Armee zu treffen. Die an der polnischen Grenze stehenden tschechischen Truppen sind erheblich verstärkt worden.

Der polnische Heeresbericht

b. Warschau, 23. Juli.

Polnischer Heeresbericht vom 22. Juli: Südlich Grodno befinden sich unsere Abteilungen an der Landstraße Sokolka-Grodno im Kampfe und verdrängten den Gegner aus den Orten Koropozyc, Kamionka, Pologanka und näherten sich den Forts von Grodno. An der Stara Plänkeleien und Erkundungsgefechte. Bei Moskale versuchte der Feind überzusetzen, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Nördlich Slonim sind heftige Kämpfe im Gange. Der Feind versuchte hier den Fluß zu forcieren, wurde jedoch gezwungen, an das westliche Ufer zurückzukehren. Bei Bolsie Plänkeleien und Vorfeldgefechte. Bei Gologe wollte der Feind den Bobret passieren, wurde jedoch abgewiesen. Bei Rzeczyce und Mulczyce stehen unsere Abteilungen im schweren Kampf mit den Bolschewisten. Oestlich von Bezbrze verdrängten wir den Feind aus Jeziorko und Kletaczek und erbeuteten eine Menge Kriegsmaterial. Auf der Linie Radziwilew—Dubno dauern die schweren Kämpfe den ganzen Tag über an. Heftige Angriffe des Feindes bei Krzniez (?), nördlich Wolczynsko, wurden zurückgeschlagen, ebenso die schweren Angriffe, die der Gegner ohne Rücksicht auf die ungeheuren Verluste nördlich des Zbrucz machte. Diese Kämpfe dauern zurzeit noch mit unverminderter Heftigkeit an.

Die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung

Allmählich rückt nun auch der Termin der Neuwahl des Preußenhauses heran. Wir können ihn im Monat November erwarten und die Zeit vergeht schnell. Aber vorläufig ist das Wahlgesetz erst im Ausschuß angenommen und es ist nicht ausgeschlossen, daß es in der Vollversammlung noch Abänderungen erfährt. Sie werden sich vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, auf die Zahl und Abgrenzung der Wahlkreise beziehen. Die Größe der Reichstagswahlkreise wird allgemein als Uebelstand empfunden und man will hier ändernd eingreifen. In Preußen will man den Fehler von vornherein vermeiden. Es sind über 40 Wahlkreise mit je 4—7 Abgeordnete abgesehen. Gewählt ist, wer 40 000 (zum Reichstag 60 000) Stimmen hat. Ueberschießende Stimmen kommen auch hier einer Bezirksliste zu gute, die man aber Provinzliste nennen darf, denn die Bezirke decken sich mit den Provinzen. Darüber hinaus ist dann noch, der Reichsliste entsprechend, eine Landesliste. So der Entwurf, der wie gesagt noch manche Abänderungen erfahren dürfte. Muß so die Wahl der Landesversammlung notgedrungen hinausgeschoben werden, so ändert das nichts an der Tatsache, daß zwischen dem Reichstag in seiner jetzigen Gestalt und dem Landtag, dessen Zusamensetzung noch ganz den Geist vom November 1919 widerspiegelt, ein großer Widerspruch klafft. Und damit ist, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, ein Zustand wiedergekommen, den man im alten Reiche gerade in den Kreisen der Mittelparteien sich gewöhnt hatte, als ganz unerträglich zu bezeichnen. Deswegen mußte ja das Reichstagswahlrecht auch für den Preußischen Landtag Gesetz werden. Die Wahlen im Januar 1919 ergaben denn auch für beide Kammern annähernd gleiche Zusammensetzung, nun aber hat der Reichstag durch die Neuwahl sein Bild wesentlich geändert. Die Folge war, daß hier im Reichstag sich die Sozialdemokratie auf die Rolle einer einflußreichen und dabei selbst unverantwortlichen Partei beschränkte, in Preußen aber die sozialdemokratischen Minister die sind, die die Politik des Koalitionsministeriums beherrschen. Die vier wichtigsten Ministerien sind in ihren Händen, wenn schon das Finanzministerium, dank des Uebergangs der Finanzverwaltung auf das Reich, an Bedeutung viel verloren hat. So hat man von dem im allgemeinen wenig bekannten Minister Lüdemann fast nur gehört, daß er mit knotigen Worten einigen hochverdienten Räten seines Ministeriums den Laufpaß gab, da sie sich nicht wider besseres Wissen und Können als Republikaner und Demokraten deklarieren wollten. Hat das Finanzministerium an Bedeutung verloren, so hat das Ministerium für Landwirtschaft ungemein gewonnen. Einst ein fast unpolitisches Fachministerium, ist es jetzt der Punkt geworden, von dem Herr Otto Braun, gelernter Buchdrucker und jetzt noch ohne Ar und Halm, die konservative Macht auf dem platten Lande aus den Angeln zu heben hofft. Mittel dazu ist ihm der bekannte Landarbeiterverband. Bei der politischen Unschuld unseres ländlichen Arbeiters und seinem großen Respekt vor jeder Regierung, ist es nicht schwer, ihm glauben zu machen, daß er ein gutes Werk täte, wenn er das Heu verfaulen und die Kartoffeln verunkrauten läßt, denn die Regierung hat's ja befohlen. So unvorsichtig ist nun selbstverständlich Herr Braun nicht, so etwas direkt zu befehlen, aber er hütet sich wohl, den Hetzern des Landarbeiterbundes zu widersprechen, wenn sie mit solchen Mitteln die Landleute betören. Und Hand in Hand mit ihm arbeitet der Minister des Innern. Der erste sozialdemokratische Minister dieses Ressorts, Heine, ging noch mit einer gewissen Vorsicht zu Werke. Er arbeitete, wo es möglich, mit den alten Beamten zusammen und machte nur, wenn es nicht anders anging, seiner Partei bei der Besetzung der Verwaltungsbeamten Zugeständnisse. Ganz anders Gewerkschaftler Severing. Es kam ihm zu statten, daß infolge des Kapp-Putsches einige Landräte sich bloßgestellt hatten, aber noch weit mehr wurden grundlos verdächtigt und fanden beim Minister keinen Schutz. Selbst wenn der Kreistag mit überwältigender Mehrheit für seinen Landrat eintrat, selbst wenn Petitionen aus allen Ständen sein Verbleiben forderten, die entgegengesetzte Auffassung einiger Gewerkschaftssekretäre und sonstiger Parteifunktionäre entschied. Und was für merkwürdige Menschen wurden da nicht zu Landräten ernannt. Hoffentlich findet sich eine gewandte Feder, die uns mit einem Buch beschenkt, etwa unter dem Titel: „Galerie preußischer Landräte der Revolutionszeit". Besonders seitdem der Minister in der letzten Zeit auch einige Unabhängige mit offen revolutionärer Gesinnung zu Landräten ernannte. Es ist ein ungeschickter Versuch, die Partei zu versöhnen, da er ihren intimsten Feind, den verhaßten Noske, zum Oberpräsidenten von Hannover gemacht hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007241-11/fragment/page=0001

Unter bürgerlichen Parteien wäre es ausgeschlossen gewesen, daß eine so beleidigte Partei sich mit einigen Landratsposten abspeisen läßt, aber jeder Sozialdemokrat nimmt von Aemtern, was er nur irgend erhaschen kann.

Der vierte Minister ist Herr Haenisch, der Nachfolger der alten preußischen Kultusminister, von denen man sagte, daß in ihnen am besten der Geist jeder Regierung zu erkennen sei. Daran hat sich nichts geändert. Haenisch ist wirklich der Mann der Jetztzeit mit seiner unklaren, oft sich geradezu widersprechenden Reformiersucht, seinen großen Worten über die Kulturaufgaben der Gegenwart und der offenbaren Unfähigkeit, irgendwo etwas aufzubauen, das wirklich Dauer verspricht.

Um diese Ministerien wird in erster Reihe der Kampf bei den Neuwahlen geführt werden. Es sind besonders die drei letzten, wo ein Umschwung dringend not tut. Wir brauchen eine ruhige Entwicklung, um erst wieder einmal aufatmen und uns umbefangen umsehen zu können. Was die Herren Braun, Severing und Haenisch tun, ist nichts anderes, als eine dauernde Beunruhigung eines Volkes, das wahrhaftig schon von so viel Sorgen bedrückt ist, daß es der aufmunternden Tätigkeit dieser Minister nicht bedarf. Und diesen Umschwung hoffen wir von den Wahlen zur Landesversammlung — leider erst im November.

Die französische Gesandtschaft in München

w. München, 28. Juli.

In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages kam der Ministerpräsident Dr von Kahr auch auf die Wiederbesetzung der französischen Gesandtschaft in München zu sprechen. Er erklärte dabei, die Frage der Wiedererrichtung einer französischen Gesandtschaft in München aber auch bei einem anderen deutschen Staat ist seit langem Gegenstand des Meinungsaustausches mit der Reichsregierung gewesen. Hierbei bestand eine Uebereinstimmung dahin, daß Artikel 78, Absatz 1, der Reichsverfassung, der die Frage der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ausschließlich dem Reiche überweist, dem Bestand fremder Gesandtschaften bei den einzelnen Ländern entgegenstehe, ferner, daß, wenn eine fremde Macht auf Grund des Friedensvertrages eine Gesandtschaft bei einem deutschen Lande sollte errichten wollen, ihr gegenüber auf diese Bestimmung zu verweisen wäre, daß es im übrigen aber Sache des Auswärtigen Amtes bleibe, Verhandlungen hierüber mit der in Frage stehenden auswärtigen Macht zu führen.

Die bayerische Regierung hat sich hieran gehalten. Sie hat der französischen Botschaft in Berlin gegenüber auf die Mitteilung von der Ernennung eines neuen französischen Gesandten für München auf den vorerwähnten Artikel 78, Abs. 1 der Reichsverfassung Bezug nehmend sie zugleich wissen lassen, daß sie das Schreiben wegen der Errichtung einer französischen Gesandtschaft in München eben im Hinblick auf die einschlägige Bestimmung der Reichsverfassung dem Auswärtigen Amt in Berlin übermittelt habe. Inzwischen hat sich der französische Gesandte in München eingefunden und mir bei einer erbetenen Unterredung sein Beglaubigungsschreiben überreicht, das ich infolge des Ergebnisses einer mündlichen Unterredung mit dem ehemaligen Reichsminister des Auswärtigen entgegengenommen habe. Ein anderes Verfahren wäre, wenn nicht unnötige Weiterungen entstehen sollten, nicht möglich gewesen. Ich bemerke, der Verlauf der Unterredung zwischen mir und dem französischen Gesandten war nach beiden Seiten hin ein durchaus korrekter.

Im Zusammenhang mit der Erklärung des Ministerpräsidenten gab die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab des Inhalts, die Einsetzung des französischen Gesandten in München habe die lebhaftesten Befürchtungen hervorgerufen. Die Worte des französischen Ministerpräsidenten Millerand in der französischen Kammer zeigten die unverhüllte Absicht, über München und durch Beeinflussung des bayerischen Volkes sich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Republik einzumischen. „Wir bedauern lebhaft, daß der Ministerpräsident beim Empfang des Herrn Dard unbeschadet der Wahrung der internationalen Höflichkeit eine feierliche Rechtsverwahrung auf Grund der Reichsverfassung nicht abgegeben hat, daß bei dem ungebührlichen Vorgehen der französischen Regierung der Ministerpräsident nicht sofort durch eine amtliche Erklärung die Besorgnis im Volke zerstreute. Wir erklären, daß alle Versuche, die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik zu stören, den geschlossenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft finden werde. Von der bayerischen Regierung erwarten wir, daß sie die Reichsregierung ersucht, durch geeignete Schritte für die Abberufung des französischen Gesandten zu wirken."

Das Kabinett zur Entwaffnung

b. Berlin, 23. Juli.

Im Reichsministerium des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch Besprechungen der Vertreter aller Länder über die Durchführung der in Spa geforderten Entwaffnung der Zivilbevölkerung statt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß das Reich die Entwaffnung durchführen habe und alles geschehen müsse, um sämtliche Waffen restlos erfassen zu können. Ein darauf hinzielender Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern lag vor. Er wird in den nächsten Tagen dem Kabinett zugehen und dann den Reichstag beschäftigen.

Zur Heimkehr unserer Gefangenen

Verstärkter Druck auf Rußland.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Berlin, 28. Juli.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit:

Der Austausch der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland mit den Kriegsgefangenen in Rußland vollzieht sich planmäßig. Bisher sind rund 22 000 Russen gegen 6000 Deutsche und 10 000 Angehörige der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Seewege ausgetauscht worden. Die Tatsache, daß bisher keine regulären Transporte aus Sibirien eingetroffen sind, hat die deutsche Regierung veranlaßt, bei dem hiesigen Vertreter Sowjetrußlands, Köpp, Vorstellungen zu erheben, die eine Sicherstellung der Gefangenentransporte aus Sibirien vor Eintritt der kalten Jahreszeit unter allen Umständen gewährleistet. Herr Kopp hat sich veranlaßt gesehen, selbst nach Moskau (!) zu fahren, um den berechtigten Forderungen der deutschen Regierung Geltung zu verschaffen.

Unabhängig-kommunistische Hetze in Bayern

b. München, 28. Juli.

Die Unabhängigen und Kommunisten veranstalteten gestern 8 Massenversammlungen gegen den Landtagsbeschluß der Nichtfreilassung der vier radikalen Mandatsträger, die wegen Hochverrates abgeurteilt worden sind. Die Versammlungen verliefen außerordentlich stürmisch und zeitigten eine Entschließung, in der ein 24stündiger Generalstreik gefordert wird. In der sehr aufgeregten Debatte wurde durch radikale Abgeordnete zur Sabotage aufgefordert. Der Kommunistenführer Eisenberger erklärte unter stürmischer Zustimmung aus der Menge, daß das deutsche Proletariat Moskau verraten würde, wenn es jetzt untätig bliebe. Von dem bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr sprach Eisenberger als von einer Hochverräterpolitik.

Streik in den Leunawerken?

Bekanntlich tagte vorige Woche in Nässen bei Leuna eine von ganz Deutschland beschickte Betriebsrätekonferenz der chemischen Industrie, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, die Forderungen der Leunaer Arbeiter: 1. gegen den Steuerabzug, 2. für einen Ausgleich der Löhne mit den Preisen durch eine etwa 30prozentige Lohnerhöhung, 3. gegen Betriebseinschränkungen und Stillegung, ferner für die Kontrolle der Produktion in den Betrieben, ihren Belegschaften zu unterbreiten und mit ganzer Kraft für die Verwirklichung derselben einzutreten. Das Bestreben der Leunaer Arbeiterschaft, ihre Forderungen durch einen Streik zur Erfüllung zu bringen, dürfte somit weitere Kreise in die Bewegung ziehen.

Am Donnerstag fanden im Leunawerk geheime Abstimmungen über den Eintritt in einen neuen Streik statt. Von den 10 000 Mann des Werkes (die Arbeiter der Privatunternehmer nicht mit einbegriffen) stimmten 3600 für und 2500 Arbeiter gegen den Streik. Die Syndikalisten (etwa 1000 Mann) erklärten sich ohne Abstimmung für den Streik, während eine große Zahl Arbeiter sich der Abstimmung enthielt. Dieses Ergebnis der Abstimmung zeigt deutlich, daß, obwohl der Streik mit Majorität beschlossen worden ist, der größte Teil der besonnenen Arbeiter gegen einen neuen Streik ist. Gestern Freitag nachmittag fand nunmehr eine Betriebsvertrauensmännerversammlung statt, die aber nicht zu Ende geführt werden konnte, da ein Teil der radikalen Arbeiterschaft auf sofortige Arbeitsniederlegung drängte. Wie wir hören, hat die Vertrauensmännersitzung nochmals eine Abstimmung direkt in den einzelnen Betrieben angeordnet, die bis heute Sonnabend vormittags 10 Uhr beendet sein soll. Von diesem Ergebnis wird es abhängen, ob das Leunawerk abermals stillgelegt werden soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die nochmalige Abstimmung an dem bereits gefaßten Streikbeschluß nichts ändern. Ein Teil der Arbeiter hat bereits gestern die Arbeit niedergelegt.

Bekanntlich läuft auch heute Sonnabend die Frist für die Abstimmung in dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier über den Eintritt in einen neuen Streik ab. Auch hier werden die radikalen Elemente alles daransetzen, um die Bergarbeiter zu einem neuen Streik zu hetzen.

Das deutsch-holländische Lebensmittel-Kredit-Abkommen

b. Haag, 23. Juli.

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Courant" berichtet, er habe von zuverlässiger deutscher Seite erfahren, es bestehe keinerlei Veranlassung zur Furcht, daß Deutschland das Steinkohlenabkommen nicht erfüllen werde. Es werde amtlich bekanntgegeben, daß der Wiederherstellungsausschuß die Lieferung von Steinkohlen an Holland genehmigt habe. Im Zusammenhang mit der Erklärung des Außenministers Simons erklärt der Mitarbeiter des „Nieuwe Courant", man dürfe nicht vergessen, daß Simons damals eben Minister geworden war und von den Verhandlungen über das Kreditabkommen die Einzelheiten nicht kannte. Dadurch habe er die Folgen, die sich aus seinem Interview für Holland ergeben konnten, nicht ganz überblicken können. Die deutsche Regierung werde eine Erklärung abgeben, die Holland in jeder Hinsicht befriedigen werde.

Der Rettungsanker

Das alte deutsche Militär.

b. Rotterdam, 28. Juli.

Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet: Von befugter Stelle wird mir versichert, daß die Antwort Lloyd Georges an die Sowjetregierung den Charakter eines Ultimatums trage, weil es die militärische Unterstützung der Alliierten für Polen in Aussicht stellt, falls die Bolschewisten die polnische Grenze überschreiten sollten. Die Pariser Presse, welche allgemein sehr wenig Einzelheiten über die militärische Lage des Polen gibt, stellt Betrachtungen an, was sich ereignen könne, falls die Russen nach weiteren Erfolge haben. Der „Temps" meint, daß die Rote Armee von einzigen Offizieren des Zarenarmee geführt werde, welche im Falle eines Erfolges gegen Polen danach trachten würden, in Rußland die Monarchie wieder einzuführen. Deshalb werden sich auch diese Offiziere gleich mit den Junkern der deutschen Ostseeprovinzen zu verständigen wissen. Er faßt auch die Eventualität ins Auge, daß die Rote Armee versuchen könnte, in Warschau ein Sowjetsystem aufzurichten, wie man es in der Ukraine und in Baku gemacht hat, worauf man versuchen könnte, mit den deutschen Kommunisten zusammenzuarbeiten. In diesem Falle müßten die Alliierten auf das alte deutsche Militärsystem bauen, welches den Westen gegen den Bolschewismus beschützen würde. Dieses Pariser Blatt sieht also auf einmal in unserer alten militärischen Ordnung jetzt einen Schutzwall gegen den Bolschewismus. Deshalb hätte das Blatt es vielleicht auch lieber gesehen, wenn die deutsche Regierung in diesem Augenblick es weniger eilig gehabt hätte, ihre Neutralität zu verkünden. Denn es folgert daraus: die Ankündigung der Neutralität Deutschlands gegenüber dem russisch-polnischen Kriege schließt die Anerkennung der bolschewistischen Regierung als kriegführende Macht in sich, daß sich also Deutschland als im Friedenszustand mit Rußland befindlich betrachtet. Man bereitet also einen Protest vor, falls die Alliierten mittels der deutschen Eisenbahnen den Polen militärische Hilfe bringen wollten.

Litauen und Rußland

w. Kowno, 28. Juli.

Zwischen der gestern nach Kowno zurückgekehrten litauischen Delegation und der Leitung der russischen Truppen in Wilna ist für die Zeit, wo die russischen Truppen aus strategischen Gründen auf litauischem Boden stehen müssen, eine vorläufige Demarkationslinie zwischen den litauischen und den russischen Truppen festgesetzt worden. Sie verläuft von Sviencionely-Praseschen über Neu-Troky nach Oranly und Grodno. In Wilna arbeitet die litauische Kommandantur. Um die Lage der vorläufig von russischen Truppen besetzten litauischen Gebiete zu klären, hat das Kabinett beschlossen, eine Abordnung eventuell nach Moskau zu entsenden, die mit den Sowjetbehörden verhandeln soll.

Was nun?

Der „Deutschen T.-Ztg." wird mitgeteilt, daß der Abgeordnete Krzminski, der die Trifolore am 14. Juli herunterholte Mitglied der Unabhängigen ist. Diese Tatsache ist an sich belanglos. Indessen würde es uns interessieren, wie sich linksstehende Blätter dazu stellen, nachdem sie sich nicht genug tun konnten, den Vorfall auf deutschnationale Hetze zurückzuführen.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

80] Roman von Marie Diers.

„Ich versteh's nicht —", stotterte Minnie als Hausfrau, etwas fassungslos, da hier im heiligen Bannkreis des guten Geschmacks ein regelrechter Streit auszubrechen drohte, dessen Art, Ursprung und Umfang sie nicht entfernt übersah — „es gibt ja natürlich Meinungsverschiedenheiten — aber das — aber die sind doch gerade anregend — wir wollen doch — aber Sie gehen schon, Fräulein Geigenbauer?"

„Ja, gnädige Frau, ich gebe", sagte Else, ich habe keine Zeit mehr. —

„Aber dann soll sie doch — lieber Martin, du mußt dann wohl das Fräulein nach Haus begleiten —."

„Ja, ich komme", sagte Tien. Er sagte es frisch und natürlich, nicht höflich. Else Geigenbauer lächelte, sie wehrte die Begleitung nicht ab.

Lärmt bei euren Lampen
und vergeßt uns schnell —

ging ihr durch den Sinn.

Ein regenklatschender Sturm fuhr ihnen entgegen und riß Tien den aufgespannten Schirm fast aus der Hand. In der pechschwarzen Dunkelheit blinkerten nur ein paar einzelne Laternen. „Klappen Sie den Schirm zu", sagte Else Geigenbauer, „ich bin wohlverwahrt, und es geht sich leichter."

„Um so besser", sagte Tien.

Else Geigenbauer dachte: Nun habe ich dich für fünf Minuten für mich allein. In diese fünf Minuten muß soviel hineingehen wie in ein halbes Leben. Aber sie war nicht zaghaft daher, sondern so froh und mutig, wie seit undenklichen Zeiten nicht.

„Haben Sie verstanden, was das eben war?" fragte sie.

Der Wind riß ihr die Worte vom Munde, er mußte sich zu ihr beugen, um überhaupt etwas zu verstehen.

„Ja", sagte er. „Das war ein Kladderadatsch. Sie sind ja ein toller Hecht, Fräulein. Schade, daß es so schnell vorbei war."

„Es war ein Kladderadatsch", sagte Else. Sie bogen um die Marktecke, da hatten sie kurzen Schutz vor dem gewalttätigen Blasius. „Das haben Sie schon gemerkt?" Und stolzer kann keine Mutter auf ihren Jungen blicken, der sie mit einer klugen Bemerkung überrascht hat, als sie jetzt auf den Tien.

„Ich glaube wirklich, Sie sind der Erste, der es erfaßt hat, stounte sie. „Aber ich hätte es mir denken können, denn Sie gehören da auch nicht hinein. Sehen Sie, was mich betrifft, ich bin kaum zu entschuldigen, daß ich so lange darin aushielt. Ich bin doch eigentlich dafür zu anspruchsvoll erzogen, und mein Vater hatte mich schon vor Monaten gewarnt. Aber ich war eben wie verdummt. Doktor Gallöper, das ist ja gar kein Kunstkränzchen, das ist ja —"

Der Wind trieb ihr eine nasse Wehe ins Gesicht. Sie kamen gerade an einer Laterne vorüber. Tien sah aus der Kapuze heraus das rote Haar leuchten, ein schönes Gesicht, frisch und voller Schelmerei. Seltsam bewegt sprang ihm das Herz im Leibe. Ihm war, als sei ihm ein Stein, nein als sei ihm ein Sack voll Steinen, der ihn krumm gedrückt hatte, vom Rücken gefallen, und er könne sich jetzt wieder aufrichten und die breite Brust recken und strecken.

„Herrgott, ist das ein Fall —" stieß er heraus.

Sie aber war einen Augenblick unter dem Laternenschein stehen geblieben. —

„Das ist ja —" nahm sie den abgebrochenen Satz wieder auf, aber dann lachte sie, duckte den Kopf und ging weiter ins Dunkle hinein. „Es ist eigentlich ein schreckliches Wort", sagte sie, „aber meine Großmama brauchte es immer, und es paßt so schön — nein, ich kann's mir nicht verkneifen — das ist ja gar kein Kränzchen, Doktor Gallöper, das ist ja ein Mäusedreck. So — nun ist's raus. Wie der Mäusedreck sich zwischen den Pfeffer mischt, so mischen die sich zwischen die Kunst. Ach Gott ja."

Und sie fühlte eine innere Wonnigkeit und Ausgelassenheit wie ein junges Mädchen.

Dabei waren sie nun schon an ihr Hausthor gekommen. Der kurze Weg war vorbei, und ein plötzlicher Schrecken faßte sie. Was hatte sie sich beim Ausgehen vorgenommen? Ein halbes Leben wollte sie in diese fünf Minuten stecken. und nun hatte sie von Mäusedreck geredet! Aber ihr war — ach und wenn sie sich tausendmal vor Gericht stellte und abstraite — ihr war, als hätte es gar nicht besser sein können als sei alles jetzt nicht gut und schön und das mit dem halben Leben gar nicht so unerfüllt. —

Sie streckte die Hand aus dem weiten Mantel hervor und ein Gefühl, wie es nur eine gesegnete Stunde schenkt jenseits aller unruhigen Eigenwünsche, ein Liebesgefühl frei, groß und stark, überflutete ihr einst so heißes Herz „Lieber Doktor —" murmelte sie.

Da faßte er ihre Hand, und hingerissen von ihrer stolzen Weichheit wollte er ihr einen Kuß geben. Und er hätte es tun können. Aber er war nicht so frei wie sie in dieser Stunde. Er murmelte etwas tödlich Verlegenes und fing an, vor ihr zu dienern. Da lachte sie.

„Nun werden wir uns also nicht mehr im Kränzchen wiedersehen," sagte sie. „Wir müssen jetzt einen tüchtigen Abschied voneinander nehmen."

„Jawohl, so geht's mir immer," sagte er verzagt. „Der weiß der Teufel, was das ist. Und jetzt müßte ich mich wohl bedanken, und da steh ich wie ein dämlicher Kerl. Sie haben so eine Art Engelsamt an mir verrichtet, Fräulein Else."

„Ja, ja, ich glaub's schon," sagte sie linde und wandte sich dem Hausthor zu. Sie fühlte, jetzt fing die Sache doch wieder an, schwer zu werden.

Man fliegt schon mal als Engel herum, eine Stunde lang, frei von Zeit und Raum. Aber dann kommt es ja doch wieder, das heiße, das schwere Erdischsein. Zu oft darf du nicht über deine alten Brandstätten gehen, Herz — —

Als Tien in sein Haus zurückkam, lästerten sie immer noch über Fräulein Geigenbauer. Sie waren alle wohltuend einig. „Na, gehen wir jetzt über diesen unliebsamen kleinen Zwischenfall zur Tagesordnung über," schnitt eben Paul Ziller das einstimmige Scherbengericht ab, „und beraten wir die nächste Sitzung. Ich bin dafür, wir gehen jetzt einmal vom Drama ab, um auch die anderen Zweige der literarischen Kunst gebührend zu würdigen, und setzen eine Vorlesung von Stendhals Rouge et noir an. Herr Rechtsanwalt, der das Verdienst hat, hierzu die Anregung gegeben zu haben, wird gewiß so gütig sein, die Vorlesung zu übernehmen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007241-11/fragment/page=0002

Die Not der akademischen Jugend

Wir bringen hiermit eine Zuschrift des „Vaterlandsdankes der akademische Jugend", in der ein Weg zur Linderung der Not unserer akademischen Jugend aufgezeigt wird, deren wirtschaftliche Lage vielfach in einer Weise proletarisch geworden ist, daß sich viele Kreise keine rechte Vorstellung machen.

Neben den ungeheuren materiellen Werten, welche der Krieg, der Friedensschluß und die Revolution geraubt haben, liegen leider nicht minder empfindliche Verluste an ideellen Gütern; insbesondere ist für unsere Hochschulen, die bekanntlich das Goldland sonnigsten Frohsinns waren, ein gewaltiger kulturschaffender Umschwung eingetreten und zwar — was das Bedrückendste ist — vor allem für die besseren Kreise. Kostet doch heute das Studium für solche junge Leute, die ihren Wohnsitz nicht gerade in einer Hochschulstadt haben, jährlich etwa 5000 bis 6000 Mark, und soviel können diese Familien, welche bisher einen guten akademischen Nachwuchs für Wissenschaft und Industrie, insbesondere aber für das Beamtentum gestellt haben, nur ganz ausnahmsweise für ein einziges Kind ausgeben; die meisten von ihnen befinden sich augenblicklich geradezu in einer wirtschaftlichen Notlage. Es ist daher die Gefahr, daß uns dieser Nachwuchs in absehbarer Zeit fehlt, und im wesentlichen würden damit gerade diejenigen Kreise von unseren Hochschulen verschwinden, deren geistigen Leistungen, deren Pflichtbewußtsein und deren Begeisterung wir so manches in der Vergangenheit zu danken haben.

Um hier einzugreifen und gerade diesen jungen Leuten das Studium zu ermöglichen, hat sich aus führenden Kreisen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und des Beamtentums Kuratorium gebildet und ruft als „Vaterlandsdank an die akademische Jugend" eine neuartige großzügig gedachte Hochschulstiftung ins Leben zu. Im engeren Kreise ist bereits ein nicht unerhebliches Stiftungsgrundstock aufgebracht, und nachdem alle sonstigen Vorbereitungen erledigt sind, tritt das Kuratorium nunmehr in die Oeffentlichkeit und hofft, Freunde und Gönner seiner Bestrebungen zur Vermehrung seiner Mittel in genügender Zahl zu finden.

Die Stiftung will sich über alle deutschen Hochschulen erstrecken. Die Unterstützung soll ohne Gemherzigkeit gewährt, lediglich an vaterländisches Denken und Empfinden geknüpft werden und nicht lediglich auf die Studienjahre beschränkt sein, sondern sich nötigenfalls auch noch einige Zeit darüber hinaus erstrecken können.

In erster Linie beruht die Stiftung natürlich auf Kapitalvermögen, dessen Zinsen zu Unterstützungszwecken Verwendung finden; daneben sind aber „Hochschulpatenschaften" in der Art vorgesehen, daß einzelne Personen oder Gesellschaften für einen Studierenden die Kosten des Studiums übernehmen und damit seine Hochschulpaten werden und zwar „Zahlpaten". So könnten beispielsweise größere Gesellschaften der Stiftung Beträge laufend zur Verfügung stellen, denen eine Anzahl von jungen Leuten das Studium ermöglicht wird, und Privatpersonen können diese „Zahlpatenschaft" für einen einzelnen Studierenden ganz oder teilweise übernehmen (volle Zahlpatenschaft bzw. halbe Zahlpatenschaft). Familien, die in Hochschulorten wohnen, können, wenn sie das vorziehen, den Studierenden als „Hauspaten" aufnehmen und ihm während der Sommerferien freie Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld gewähren.

So dient sich die Stiftung auf einer doppelten Grundlage dem Kapitalvermögen und den Hochschulpatenschaften, die Zahlpatenschaften oder als Hauspatenschaften übernommen werden können. In beiden Fällen kommt es aber nicht nur darauf an, bestimmte Kreise unseres Volkes der Hochschule zu entziehen, sondern das Kuratorium möchte gleichzeitig etwas schaffen, was für unsere Zeit der Selbstsucht und des Egoismus besonders wünschenswert erscheint; einen Kreis von Gebenden und Empfangenden, der sich eines innigen Zusammenhanges bewußt ist und ihn weiter pflegt, wenn aus dem hilfsbedürftigen Studierenden einst ein wohlhabender Philister geworden ist. Die Herbeiführung dieses inneren Zusammenhanges wird sich das Kuratorium besonders angelegen sein lassen und ihn nicht nur auf Hochschulpaten und ihre Pfleglinge, sondern auf alle ausgedehnen, welche überhaupt mit der Stiftung irgend welchen Zusammenhang haben.

Selbstverständlich ist ein derartig großzügiger Plan nur auf eine zu verwirklichen, wenn er auf breitester Basis aufgebaut ist; kommen nicht mindestens zehn Millionen Mark zusammen und finden sich nicht neben diesem Kapital noch zahlreiche Einsichtige zur Uebernahme einer Hochschulpatenschaft bereit, dann ist ein Abwandern des alterprobten Studententums aus unseren Hochschulen nicht mehr zu verhindern. Die Folgen werden nicht nur Staat und Industrie zu tragen haben, sondern auch solche Betriebe, die an sich nicht gerade auf einen akademischen Nachwuchs angewiesen sind, aber trotzdem erfahrungsgemäß viele Akademiker in sich aufnehmen. Sie alle müssen dann arbeiten mit Angestellten, welche — ohne an ihrer alten moralischen Ueberlieferung einen moralischen Halt zu finden — eine Ausbildung genossen haben in einer Zeit, die Treu und Glauben in weitem Umfange über Bord geworfen und die Losung: „Gewinn um jeden Preis!" auf ihre Fahne geschrieben hat.

Wer die Gefahr erkennt, welche hier dem ganzen Vaterlande droht, und deshalb den Grundgedanken der neuen Hochschulstiftung wohlwollend gegenübersteht, und unbedingte Zuverlässigkeit in Wissenschaft und Beamtentum als unentbehrlich für den Wiederaufbau des Vaterlandes ansieht, der bittet das Kuratorium, sofern er unter der wirtschaftlichen Notlage der Gegenwart weniger zu leiden hat, durch Geldspenden oder durch Uebernahme einer Hochschulpatenschaft an der Erhaltung eines jungen, pflichtbewußten und vaterländisch empfindenden deutschen Studentenums mitzuwirken.

Nähere Auskunft erteilt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Kuratoriums, Professor Schoubye, Berlin-Charlottenburg, Kommandantenstraße 85.

Späte Einsicht

Der demokratische Abgeordnete Gothein schreibt in einem Berliner Blatt:

Unter dem Einfluß unabhängiger und kommunistischer Führer wollen manche Landarbeiterorganisationen die bevorstehende Getreideernte, ebenso wie die der Frühkartoffeln, zur Erpressung höherer Löhne und zu noch größerer Arbeitsnot ausnutzen. Das ist ein Verbrechen am deutschen Volke, dessen Ernährung dadurch aufs schwerste bedroht wird. Das zeigt von einem Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit, der kaum noch überboten werden kann. Die Lage unserer Landarbeiter hat in früheren Jahren vielfach viel zu wünschen übriggelassen — namentlich hinsichtlich der Wohnungen. Heut steht sich der landwirtschaftliche Arbeiter bei reichlichen Naturalbezügen und erheblich gesteigerem Barlohn tatsächlich wesentlich besser als der städtische. Für die Landwirtschaft, bei der Bestellung, Bearbeitung und Ernte an die Jahreszeit und dem Wetter abhängig sind, erweist sich die achtstündige Arbeitstag als eine Versündigung am ganzen Volk. Ist die Arbeitszeit in der Winterzeit noch ohnehin eine eingeschränkte. Auch sonst geht es in ihr dem Tag zu Tag zu Tor die vereinbarten Arbeitsbedingungen [illegible]; das wirtschaftliche Leben erheischt gebieterisch Sparsamkeit. Der weitgehend auf Naturalöhnung gestellte Landarbeiter leidet zudem unter der Teuerung nicht im entfernesten so wie andere Teile der Bevölkerung. . . . .

Es ist die Schraube ohne Ende, die zur Katastrophe führt.

Unabhängige und Entente

An die Machenschaften des Abg. Braß mit den französischen Militärbehörden wurde man erinnert durch eine Rede des Abg. Dr. Breitscheid im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Alles dreht sich darum, ob und unter welchen Bedingungen der Bergarbeiter sich zu Ueberstunden entschließen wird. Sollte man nun etwa wagen, durch Gesetz den Arbeitstag zu verlängern, so wird nach dem Worte Breitscheids der Widerwille gegen fremde Besetzung sehr nachlassen, denn dem Arbeiter sei es im Grunde ganz gleichgültig, für welchen Kapitalisten er arbeite. Und, so können wir weiter schließen, fällt die Sozialisierung ins Wasser und bleibt es bei der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, so will der Arbeiter gern die Unannehmlichkeiten der Fremdherrschaft auf sich nehmen, wenn es nur dem deutschen Kapitalisten schlecht geht. Man kennt die Fremdherrschaft dort in Westfalen genug, um zu wissen, wie rücksichtslos die Franzosen bei jedem Streik einschreiten, wie sie Paß- und Versammlungsfreiheit verletzten. Nach Breitscheid nimmt der deutsche Arbeiter alles in den Kauf, wenn er nur weiß, daß es etwa einem Stinnes recht schlecht geht. Breitscheid zeigt sich hier als Geistesverwandter eines Hemm, dem es weniger darum zu tun ist, daß es dem Proletarier gut, als daß es dem Bourgeois schlecht geht. Er ist eben so wenig Arbeiter wie Lenin, ohne ihn sonst mit jenem vergleichen zu wollen. Er gehörte zu jenem Kreis allerradikalster Politiker, die, wie z. B. auch Hellmuth v. Gerlach, sich bei dem reichen und rücksichtslosen Kunsthändler Cassirer zusammenfand, als die Revolution in der Luft lag. Unter der Herrschaft der Volksbeauftragten war er denn auch einige Wochen Minister des Innern und begeisterte sich für die großartige Persönlichkeit seines Kollegen Adolf Hoffmann, der auch in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets ebenso denken dürfte wie er.

Franzosendeutsch

An der Spitze der „Schiersteiner Zeitung", Nummer 81 vom 13. Juli, finden wir folgende entzückende

Bekanntmachung:

Eine gewisse deutsche Presse verfolgt seit einiger Zeit einen hetzerischen Zug, welcher gegen die französischen Truppen afrikanischer Ursprung angerichtet ist.

Die angegebenen Gründe gegen diese Truppen haben keine Bestimmtheitswendung. Die seltenen Vorfälle, welche der Militärbehörde förmlich angezeigt worden sind, sind den Gegenstand genauer Untersuchungen geworden und sind nur in einer ganz geringeren Anzahl als richtig erkannt worden; in diesen Fällen sind die Täter sogleich und exemplarisch bestraft worden. Der Reichskommissar hat seinerseits der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission nur eine sehr kleine Anzahl Beschwerden nachgesagt, über diejenigen, die nach erfolgten Untersuchungen keinen beweisenden Erfolg gebracht haben.

Mehrere Zeitungen, welche sich gehen ließen übereilte Anklage gegen die farbigen Truppen fortzupflanzen haben übrigens diese Anklage zurückgezogen und haben Entschuldigungsmitteilunen veröffentlicht, um bekannt zu machen, daß ihre Redlichkeit überrascht worden war.

In diesen Gelegenheiten muß man im Interesse der Wahrheit eine förmliche Ablehnung den betreffenden Anklagen entgegenstellen, welche als völlig grundlos erscheinen.

Signé: de Juvigny

Administrateur du Cercle de Wiesbaden Campagne.

— **Das neue Reichswehrgesetz** wird dem Reichstage Ende des Monats zugehen, nachdem in Spa die Zahl des Reichsheeres endgültig festgelegt ist.

Das Gesetz bringt die grundlegenden Bestimmungen für die Zusammensetzung der Reichswehr (Dienstzeit, Verpflichtungen, spätere Versorgung) und die Art ihrer Unterbringung. Den Wünschen Süddeutschlands entsprechend, soll der landsmannschaftliche Charakter der Truppe gewahrt bleiben. Die Truppen sollen dem Lande entstammen, in dem sie garnisonieren, auch die Bezeichnung der Truppen wird nach dieser Richtung hin erfolgen. — Für die Entlassung der überschüssigen Reichswehrkörper wird zurzeit im Reichswehrministerium ein Plan ausgearbeitet. — Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei bezieht sich lediglich auf Artillerie und Maschinengewehre. Die Schußbewaffnung leichter Art verbleibt ihr.

Filmoberprüfstelle. Die durch das Reichs-Lichtspielgesetz vom 12. Mai 1920 geschaffene Filmoberprüfstelle ist nunmehr errichtet worden. Sie untersteht dem Reichsministerium des Innern und hat ihre Dienststraße in diesem Ministerium, Berlin NW. 40, Am Königsplatz 6. Mit der kommissarischen Leitung dieser Stelle ist der bekannte Schriftsteller Herr Carl Bulcke beauftragt worden, der aus seiner Tätigkeit als Staatsanwalt ausscheidet.

Wirtschaftlicher Niedergang des Memelgebietes. Die neuen Paßvorschriften für das Memelgebiet werden von weittragenden Folgen für den ganzen Bezirk sein. Das ohnehin danieberliegende Geschäftsleben wird von diesen Vorschriften sehr schwer betroffen. Besonders leiden darunter die Badeorte der Nehrung, deren Bewohner auf den Fremdenverkehr angewiesen sind. Die Gemeinden, die Badeverwaltungen und sonstigen Interessenten haben bereits an zuständiger Stelle um schleunigste Aufhebung der Verordnung, oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, um Hinausschiebung bis zur Beendigung der Dampferfahrten gebeten.

„Arbeitersportklubs". Die Pflege des Sports ist eine schöne Sache, aber selbst sie wird von der Entente mit Mißtrauen betrachtet. Bei den intimen Beziehungen, die unsere Feinde mit der revolutionären Sozialdemokratie haben, kennen sie sicher die Tätigkeit der Arbeitersportklubs. Es ist nun nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger" (336 vom 20. Juli) festgestellt, daß diese Sportklubs identisch sind mit den M. A. K. — militärischen Arbeiter-Kompagnien. Man übt sich hier besonders im Werfen von Handgranaten. Selbstverständlich treten hier gleichgewichtige Ersatzstücke für diese ein. Da das keine Waffen sind, ist auch nicht die Polizei in der Lage, gegen diese Uebungen einzuschreiten. So bereitet man sich vor auf den Tag, wenn in Moskau der Befehl zum Losschlagen erfolgen wird.

Der angeblatene Russentransport. Die österreichische Regierung ist bei diesseitigen Aufforderung, den Transport der kriegsgefangenen Russen, bei dem sich auch politische Persönlichkeiten befinden, wieder zu übernehmen, nicht nachgekommen. Der Transport hat dadurch den Anspruch auf Exterritorialität verloren. Die gefangenen Russen werden sofort ihrer Heimat zugeführt, die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Persönlichkeiten zunächst zurückgehalten werden.

Der bekannte amerikanische Millionär William Vanderbilt ist am Donnerstag in seiner Wohnung in Paris gestorben.

Der Kronprinz beim Kaiserpaar. Der deutsche Kronprinz ist Mittwoch nachmittag von Wieringen nach Doorn zum Besuch seiner Eltern abgereist. Die Reise steht im Zusammenhang mit dem plötzlichen Tode des Prinzen Joachim. Der Kronprinz ist vom Bürgermeister von Wieringen und von dem deutschen Major von Mildner begleitet.

Der Landrat als Obstverpächter. Unter dieser Ueberschrift wird der „Schles. Ztg." aus Nimptsch, dem vielleicht kirschenreichsten Kreise des preußischen Staates, geschrieben: Eine eigenartige Interessenpolitik verfolgt der hiesige kommissarische Landrat Seibold, der früher sozialdemokratischer Generalsekretär war und trotz des energischen Einspruches der Mehrzahl der Kreistagsmitglieder mit der Verwaltung des hiesigen Landratsamtes beauftragt worden ist. Er hat eigenmächtig — ohne den Kreisausschuß zu befragen — eine wertvolle Obstallee des Kreises einem guten Freunde, dem sozialdemokratischen Führer Paul Winkler von hier, für einen lächerlich geringen Preis (man spricht von 2000 M.) verpachtet, während bei der öffentlichen Versteigerung am 28. Juni die Allee einen Erlös von 17 300 Mark gebracht hat. Die Handlungsweise des Herrn Landrats war schon vor dem öffentlichen Versteigerungstermin bekannt geworden, weshalb die in dem Termin anwesenden Pächter auf öffentliche Versteigerung drangen. Diesem Verlangen hat Herr Seibold schließlich nachgegeben. Der Erfolg war der hohe Erlös von 17 300 Mark. Wäre die Sache nicht bekannt geworden, so wäre dem Kreise ein Verlust von rund 15 000 Mark entstanden.

Halle und Umgebung

Halle, 24. Juli.

Oberpfarrer Richter zum 70. Geburtstag

Am Sonntag, den 25. Juli, wird der Oberpfarrer an St. Ulrich, Georg Richter, seinen 70. Geburtstag feiern können. Geboren in Groß-Luja, Kirchenkreis Spremberg (Lausitz), wurde er am 1. Oktober 1878 ordiniert. Fast 50 Jahre seiner dienstlichen Tätigkeit hat er in unserer Stadt verbracht. Schon 1872 wurde er Hilfslehrer an den Franckeschen Stiftungen, 1874 an der höheren Töchterschule. Dann kam er 1878 als Geistlicher an die Strafanstalt, zuerst als Hilfsprediger, später als 2. Geistlicher. Seit 1881 steht er im Dienst der Ulrichsgemeinde, der nur kurz durch die Pastorierung der evangelischen Gemeinde in Bari (Italien) im Winter 1890/91 unterbrochen wurde, zuerst als Diakonus, seit 1894 als 2. Pfarrer, seit 1919 nach dem Tode D. Wächtlers als Oberpfarrer.

Die Gemeinde darf dem eifrigen Förderer des Kindergottesdienstes und tätigen Missionsmanne, der durch seine jährlichen Missionsbasare in weiteren Kreisen Missionsinteresse zu wecken verstand, vieles danken. Im Syrischen Waisenhause in Jerusalem ist die Station Halle ein lebendiges und bleibendes Zeugnis seiner Wirksamkeit. Möge dem langjährigen Seelsorger noch manches Jahr erfolgsgekrönter und gesegneter Arbeit beschieden sein.

— **Das Diensteinkommen der städtischen Beamten** setzt sich, wie wir bereits gestern berichteten, zusammen aus Grundgehalt, Ortszuschlag — Halle reiht sich in die Klasse C ein —, Ausgleichszuschlag (bisher Wohnungsgeldentschädigung) und Kinderbezügen. Es würde danach z. B. das Gehalt eines kinderlos verheirateten Beamten unserer Stadt betragen in Gruppe I 8100 bis 12 000 Mk., II 8550—12 600 Mk., III 9000—13 850 Mk., IV 10 050—14 700 Mk., V 10 650—15 600 Mk., VI 11 700—16 950 Mark, VII 12 300—17 850 Mk., VIII 13 200—19 200 Mk., IX 14 850—21 450 Mk., X 16 500—23 700 Mk., XI 18 450—26 550 Mark, XII 21 150—30 000 Mk., XIII 24 600—34 800 Mk.

— **Freimachung von Postsendungen an Versorgungsbehörden.** Durch Reichsgesetz vom 29. April 1920 sind sämtliche bisher gewährten Portofreiheiten aufgehoben. Daraus ergibt sich also, daß die Rentenempfänger sowie andere private Personen und jede Behörde ihre Postsendungen an die Versorgungsbehörden nach Maßgabe der allgemein gültigen Postkarte freizumachen haben. Die bisherige Anwendung des Vermerks „Heeressache" mit entsprechender Bescheinigung gilt somit als aufgehoben. Postsendungen, die infolge ungenügender oder mangelnder Frankierung mit Strafporto belegt sind, werden von den Dienststellen an die Absender zurückgegeben.

— **Der Steuerabzug bei Personen mit Einkommen unter 1500 Mark.** Ueber den Steuerabzug für Lehrlinge, überhaupt für Personen, deren Einkommen weniger als 1500 Mark beträgt, und die daher steuerfrei sind, herrscht einstweilen noch keine Klarheit. Die Finanzämter stellten sich bis jetzt auf den Standpunkt, daß der Abzug für alle Lehrlinge, die das 14. Lebensjahr überschritten haben, erfolgen müsse. Um diese wichtige Streitfrage zu klären, ist nun, wie im Buchhändler Börsenblatt mitgeteilt wird, der Deutsche Buchdruckerverein beim Reichsministerium der Finanzen darum eingekommen, daß der Steuerabzug bei diesen niedrigen Lohnbezügen unterbleibt. Es handelt sich in der Hauptsache um das Kostgeld der Lehrlinge, Taschengeld an Volontäre, Löhne für Zeitungsträgerinnen und jugendliches Hilfsarbeiterpersonal. Ein Bescheid ist dem Deutschen Buchdruckerverein vom Reichsministerium der Finanzen bis jetzt noch nicht erteilt worden. Es empfiehlt sich daher, bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit die Steuer (10 Proz.) auch von dem Einkommen der vorhin genannten Arbeitnehmer abzuziehen.

— **Ausgewiesene Nordschleswiger!** Sämtliche aus dem abgetretenen nordschleswigschen Gebiet nach dem 14. Juni 1920 ausgewiesenen Personen werden aufgefordert, sich unverzüglich unter Angabe ihrer sämtlichen Personalien und des Ausweisungstatbestandes schriftlich bei dem Abwickelungskommissar für Nordschleswig in Flensburg (Kunstgewerbemuseum) zu melden.

— **Raßpreßsteine sind bezugsscheinpflichtig.** In Verbraucherkreisen ist vielfach die Ansicht vertreten, daß Raßpreßsteine bei den Kohlenhandlungen ohne Bezugsschein zu haben sind. Diese Auffassung ist unzutreffend, Raßpreßsteine sind nach wie vor bezugsscheinpflichtig. Haushaltungen, die über die zugeteilte Menge von 250 Stück hinaus Raßpreßsteine beziehen wollen, können auf Antrag bei der Ortskohlenstelle im Zimmer 6 gegen Vorlage des Lebensmittelscheines einen weiteren Raßpreßsteinbezugsschein erhalten. Diese „Sonderzuweisungen" von Raßpreßsteinen sind als Vorlieferungen auf die für den Winter in Aussicht genommenen Heizkohlenzuteilungen zu betrachten; sie kommen gemäß §§ 10/11 der Verordnung vom 6. April 1920 über die Kohlenversorgung 1920/21 auf die bei den Haushaltungen zum Verbrauch zugedachten Gesamtmengen teilweise zur Anrechnung. In dem gleichen Sinne findet die Zuteilung von Raßpreßsteinen an die gewerblichen Verbraucher Anwendung. Wie schon wiederholt erwähnt, liegt es im Interesse der Verbraucher, die Anlieferung von Raßpreßsteinen auf Grund ihrer Bezugsscheine mit den gewählten Kohlenhandlungen ohne jede Verzögerung zu vereinbaren.

— **Frühkartoffeln — der Zentner 30 Mark!** Die Preisstelle der Provinzialkartoffelstelle hat den Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln, der laut Bekanntmachung vom 25. Juni 1920 vom 12. Juli ab bis auf weiteres auf 32 Mark festgesetzt worden war, vom 25. Juli ab auf 30 Mark festgesetzt. Ziffer 5 der Vorschriften über den Verkehr mit Frühkartoffeln aus der Ernte 1920 vom 12. Juli 1920 — Nr. 3000 — erhält folgende neue Fassung: Die Frühkartoffeln sind, solange es erforderlich ist, in Säcken zu liefern. Die Empfänger haben das Verpackungsmaterial eigentümlich zu übernehmen. Als Höchstpreis für Papiersäcke, die 1 Zentner fassen, gilt bis zum 24. Juli 1920 einschließlich 4,50 Mk. für das Stück, vom 25. Juli 1920 ab 3 Mk. Bei anderen Säcken ist ein angemessener Aufschlag zu zahlen. Die Bedarfsstellen haben vom 15. August 1920 ab das Recht, zu verlangen, daß die Händler die Kartoffeln ungesackt verladen.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Charlotte Heinze und Hans Hommerin-Rotterdam. — Rosi Müller und Erich Rehbaum-Wittenberg.

Vermählung: Ingenieur Alfred Hundt und Gertrud Heckmann.

Todesfälle: Am 21. Juli Elsbeth Baruske im 23. Lebensjahr. — Am 22. Juli Ada Krause im 28. Lebensjahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007241-11/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

— **Merseburg**, 23. Juli. (Elektrische Ueberlandbahn Merseburg—Dürrenberg.) Die am 4. Juli d. J. in Betrieb genommene Ueberlandbahnstrecke von Merseburg nach Dürrenberg hat einen lebhaften und stetig steigenden Verkehr. Besonders an schönen Tagen, vor allen Dingen Sonntags, werden die Erfrischung bringenden Anlagen des Solbades von einer großen Anzahl Erholungsbedürftiger besucht. Aber auch der Wochentagsverkehr zeigt, daß mit Berücksichtigung dieser neuen Verkehrsverbindung einem dringenden Verkehrsbedürfnis Rechnung getragen worden ist. Während früher Dürrenberg und das Hinterland erst nach zeitraubender Fahrt mit der Staatsbahn über Corbetha zu erreichen war, ist dies jetzt mit der elektrischen Ueberlandbahn alle halbe Stunde in bequemster Weise durch eine halbstündige Fahrt möglich.

— **Jena**, 22. Juli. (Verbotes Schweinemarktes.) Mit Rücksicht auf die in der Umgebung herrschende Maul- und Klauenseuche werden die Vieh- und wöchentlich stattfindenden Schweinemärkte in Jena bis auf weiteres verboten.

— **Weimar**, 22. Juli. Preise für Frühkartoffeln.) Die Thüringische Landeskartoffelstelle hat den Erzeugerpreis für Frühkartoffeln vom 25. Juli ab von 35 Mk. auf 32 Mk. herabgesetzt, vom 1. August ab ist eine weitere Preissenkung zu erwarten.

z. **Worbis**, 23. Juli. (Raubüberfall.) Ein Bergmann namens Hesse aus Niederorschel, der sich auf dem Heimwege vom Schacht „Preußen" befand, wurde im sogenannten Birkenhölzchen von einem kräftigen Manne in den vierziger Jahren angehalten und aufgefordert, seine Barschaft herauszugeben. Da sich dieser weigerte, so kam es zu einem wilden Handgemenge. H. gerstörung an dem Wegelagerer seinen Stock, erhielt selbst aber von dem Verbrecher drei Messerstiche. Da H. die Verteidigung dennoch fortsetzte und wohl auch andere Arbeiter näherkamen, so entriß der Räuber seinem Opfer den Rucksack und suchte das Weite. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb bisher ohne Ergebnis.

z. **Worbis**, 23. Juli. Landwirtschaftlicher Kreisverein.) Der landwirtschaftliche Kreisverein nahm zu Wagen Felbesichtigungen vor und hielt im Anschluß daran in Teistungen eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Frhr. v. Wintingerode-Wehrde, gab seiner Freude über die große Teilnahme Ausdruck. Sodann besprach Oekonomierat Lorenz-Göttingen seine Eindrücke auf der Rundfahrt. Er machte praktische Vorschläge für die Bodenbearbeitung, Düngung, Fruchtfolgen, Sortenwahl, Pflege der Saaten usw. Schließlich forderte er die Landwirte auf, alles zu tun, um die über das Vaterland hereingebrochene Not zu finden. Es folgte eine lebhafte Aussprache. Landrat Bock von Wülfingen referierte über die in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Tierzuchtinspektor Ausfeld sprach über die Ziele einer für den Pferdezuchtverband der Provinz Sachsen geplanten Stutenkörung, die in den einzelnen Kreisen stattfinden soll. Der Direktor der landwirtschaftlichen Winterschule Worbis, Dr. Wien, unterzog den Entwurf des neuen Landwirtschaftskammergesetzes einer Kritik. Angeregt wurde endlich noch der Abschluß von Lieferungsverträgen.

— **Leipzig**, 23. Juli. (Die Leipziger Herbstmesse vollkommen belegt.) Infolge der zahlreichen Anmeldungen zur bevorstehenden Leipziger Herbstmesse sind die vorhandenen Meßhäuser und Meßhallen zur Allgemeinen Mustermesse vollkommen belegt. Die großen Meßhäuser sind bereits seit mehreren Messen voll besetzt; nunmehr sind aber auch in den neuerrichteten Meßhallen und den weniger besuchten Häusern keine Plätze mehr verfügbar. Firmen, die sich jetzt noch als Aussteller anmelden, können also nicht mehr darauf rechnen, einen Ausstellungsplatz zu erhalten. Für die Frühjahrsmesse 1921 werden dagegen dem Messamt in Leipzig neue Meßräume beschafft werden, und sobald die räumliche Erweiterung der Messe gesichert ist, werden die Firmen, die sich bereits jetzt vormerken lassen, bei der Vergebung von Plätzen in erster Linie berücksichtigt. Zur Technischen Messe sind die Anmeldungen auch bereits abgeschlossen und die vorgesehenen Räume bis auf wenige belegt. Bei sofortiger Anmeldung können Ausstellerfirmen noch untergebracht werden. Zur Frühjahrsmesse 1921 wird auch die Technische Messe wiederum räumliche Erweiterung erfahren, um den bis dahin zu erwartenden neuen Ausstellern genügend und gute Meßräume zur Verfügung zu stellen.

Volkswirtschaft

Während der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Aktiengesellschaften

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Wie von der Verwaltung mitgeteilt wird, entbehren die von einem Berliner Blatt in Umlauf gesetzten Gerüchte über eine angeblich geplante Fusion der Gewerkschaft mit einem rheinisch-westfälischen Werke jeder Grundlage.

Thüringische Kabel- und Stahlwarenfabrik Wolff, Knippenberg u. Co., A.-G. in Ichtershausen. Die Aktionäre werden zu einer am 11. August stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung eingeladen, auf deren Tagesordnung überraschenderweise die Beschlußfassung über Liquidation der Gesellschaft sowie Veräußerung des Vermögens, der Gesellschaft im ganzen und Genehmigung des Veräußerungsvertrages sowie die Ernennung von Liquidatoren steht. Das Unternehmen, das 1891 als Aktiengesellschaft mit 1 500 000 Mark gegründet wurde und 1918 das Kapital auf 1 700 000 Mk. erhöhte, hat zumeist Dividende von 9 bis 12 Prozent ausgeschüttet; für 1918/19 wurden 8 Prozent verteilt; der Abschluß für 1919/20 liegt noch nicht vor. Der Kurs an der Berliner Börse stellte sich gestern auf 250½ Prozent.

Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen. An der Dresdener Börse sind seit einiger Zeit Gerüchte verbreitet, daß die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre außerordentlich günstig gearbeitet habe und etwa die doppelte Dividende gegen das Vorjahr (12 Prozent gegen 30 Prozent für 1917/18) verteilen werde. Hierzu teilt die Verwaltung mit, daß der Abschluß von 1919/20 noch nicht fertiggestellt und auch ein Dividendenvorschlag noch nicht festgelegt sei. Die Verwaltung lehnt es ab, irgendwelche mit dem Abschluß zusammenhängende Mitteilungen zu machen.

Vereinigte Kunstmühlenwerke und Biskuitfabriken. Nach Abschreibungen in Höhe von 99 524 (i. V. 142 990) Mk. ergibt sich für das Geschäftsjahr 1919/20 ein Ueberschuß von 547 564 (447 516) Mk., aus dem, wie bereits mitgeteilt, wieder 8 Prozent Dividende zur Ausschüttung gelangen sollen. Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß im Berichtsjahre die bereits im Vorjahre vorhandenen Schwierigkeiten unverändert angehalten hätten. Mit einer Besserung der Verhältnisse sei vor Beendigung der Zwangswirtschaft nicht zu rechnen. Ihre Aufhebung sei aber bei der heutigen wirtschaftlichen Lage noch nicht zu befürworten. In der Bilanz werden Warenbestände mit 43 864 (1 809 163) Mark, Außenstände mit 593 046 (2 887 384) Mk. und Gläubiger mit 1 863 778 (4 209 151) Mk. ausgewiesen.

Siemens Elektrische Betriebe A.-G. in Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung, in der ein Kapital von 30 981 000 Mk. vertreten war, stimmte ohne jede Erörterung den in der Versammlung der Inhaber der Teilschuldverschreibungen von 1908, 1912 und 1913 am 25. Juni gefaßten Beschlüssen zu; diese waren dadurch notwendig geworden, daß die Gesellschaft einen Teil ihrer Obligationen in der Schweiz untergebracht hat und, da diese in Frankenwährung ausgestellt sind, in eine Zustimmung gewisen ist. Nach den genannten Beschlüssen werden nunmehr die Zinsen vom 1. April 1920 bis 31. März 1923 lediglich in Mark gezahlt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, in dieser Zeit jährlich am 31. März je 3 400 500 Mk. einem Valutaausgleichsfonds zu überweisen, der von der Siemens u. Halske A.-G. übernommen und mit 5 Prozent verzinst wird. Dieser Fonds wird am 1. April 1923 an die Inhaber der seit dem 1. April 1920 fällig gewordenen Zinsscheine gleichmäßig verteilt, und zwar bis zur Höhe der auf den Zinsscheinen aufgedruckten Franczbeträge, wobei die bis dahin ausbezahlten Markbeträge zum Umrechnungskurse per 1. April 1923 angerechnet werden. Ein etwa verbleibender Ueberschuß fällt der Gesellschaft zu. Die Tilgung der Obligationen durch Auslosung wird bis zum 1. April 1923 ausgesetzt. Die Auszahlung der am 15. Januar 1920 ausgelosten Stücke der Anleihe 1913 wird bis zum 15. Juli 1923 und die der am 1. April 1920 ausgelosten Stücke der Anleihen von 1908 und 1912 wird bis zum 1. Oktober 1923 gestundet.

Handel, Industrie, Handwerk

Das Holz wird billiger. Dem Preisabbau des Rohholzes im Walde folgen nunmehr auch die Preise für trockenes Holz auf den Handelsplätzen. Wie wir hören, hat die Sektion Berliner Platzhandelnder des Vereins Ostdeutscher Holzhändler in kurzen Zwischenräumen bereits zum zweitenmal ihren Mitgliedern empfohlen, im Verkehr mit der holzverbrauchenden Kundschaft Preisermäßigung einreten zu lassen. Der Preisabbau für verarbeitungsfähiges Holzmaterial von den Holzplätzen beträgt ungefähr 20 v. H.

Die Zementpreise. Die Neufestsetzung der Zementpreise wird am 28. Juli von der Reichszementstelle beraten. Die Verbraucher wünschen Herabsetzung die Fabriken dagegen eine mäßige Preiserhöhung.

Die 12. Mitteldeutsche Zentral-Häuteauktion des Schutzverbandes der Häutevertwertungen Mitteldeutschlands G. m. b. H. findet am 29. und 30. Juli in Dresden statt. Es gelangen zur Versteigerung am ersten Tage: 26 470 Stück Großviehhäute, 512 Stück Roßhäute, 8 Stück Maulticre; am zweiten Tage: 1475 Stück Fresserfelle, 35 215 Stück Kalbfelle, 9650 Stück Schaffelle und 28 944 Stück Ziegenfelle.

Aus der elsässischen Kaliindustrie. In Mülhausen hat sich unter Mitwirkung Pariser Finanzgruppen eine Aktiengesellschaft unter der Firma Société Alsacienne de Mines de Potasse gebildet, welche die Nachfolge der elsässischen Kaligruben auf 99 Jahre aus dem Besitz des französischen Fiskus nach deren Ankauf durch den Staat bezweckt.

★ **Elektrolytkupfer** (Notierung d. Ver. f. d. Elektr. Notiz) 1705 Mark.

Berliner Börsenberichte

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 23. Juli. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	1200	Banca-Straits-Zinn	2600
Elektrolytkupfer	—		
Orig.-Hütten-Weichblei	475/490	99 % Hütten-Zinn	4350/4450
Remelzlab-Platten-Zink	630/640	99 % Rein-Nickel	3500/3600
Hütten-Rohzink	490	Antimon-Regulus	725
Orig.-Hütten-Aluminin.	2150/2200		

Devisen-Notierungen:

Berlin, 23 Juli.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1508,40	1512,60	New-York	45.45	45.55
Brüssel-Antwerp.	354.10	354.90	Paris	33,65	334.35
Christiania	709.30	710.70	Schweiz	769.20	770,80
Kopenhagen	699.30	700.70	Spanien	697.30	698.70
Stockholm	993.05	996.95	Wien (alte)	24.02	24.08
Helsingfors	155.80	156.20	Oesterreich abgest.	35.00½	35.15½
Italien	232.25	232.75	Prag	84.65	84.85
London	167.80	168.20	Budapest	24.17	24.23

Haiernotierungen:

Berlin, 23. Juli. Inländischer Haier. für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen — Ioko ab Bahn —.— Mark. sofortige Abladung ab Abladestationen 2400—2420 Mark. Tendenz: behauptet.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Transland-Ges	725.—
4½ % Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.20	Deutsche Erdöl	1750
5 % Deutsche Reichsanl	79.50	Deutsche Gasglühl.	500.
4 „ „	69.25	Deutsche Kali	421.
3½ „ „	61.40	Deutsche Waff. u. Mun.	230.75
3 „ „	60.40	Donnersmarkhütte	39.—
4 Preuss. Konsols	67.75	Dörnup u. Lehrmann	138.—
3½ „ „	60.—	Dürkoppwerke	465.—
3 „ „	54.25	Elberfelder Farben	409.—
4 Chart. Stadtanl. 89/99	—.—	Engelhard Brauerei	242.—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—	Felten u. Guilleaume	416.—
4½ n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gasmotoren Deutz	199.—
4 Preuss. Centr.-Bod. Pfandbriefe	98.00	Gebhardt u. Co.	—.—
4 Preuss. Hypot.-Bank Pfandbriefe 1911	100.50	Gebhardt u. König	274.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	98.—	Gelsenkirch. Bergw.	316.25
4 „ „	92.30	Glanziger Zuckerfbr.	500.—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	482.50
4 Oesterr. Kron.-Rente	24.—	Hann. Masch.	353 —
4 Ungar. Gold-Rente	15.—	Harpener Berg	333.—
4 Ungar. Kronen-Rente	28.25	Hasper Eisen	578.—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	283.—
Halberstadt-Blankenb.	—.—	Höchster Farbw.	374.—
Halle-Hettstedter	—.—	Hoesch Eisen u. Stahl	401.—
Schantungbahn	660.—	Hohenlohe-Werke	215.—
Allg. Lokal-Str	—.—	Humboldt-Masch.	175.25
Gr. Berl. Str.	—.—	Ilse-Bergbau	360.—
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	291.—
Lux. Prinz Heinrich-B.	425.—	Kalkw. Aschersleben	464.—
Orientbahn	—.—	Körbisd. Zucker-Akt.	463.—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	190.50
Hamburg. Paketfahrt	176.—	Lahmeyer u. Co.	313.
Hamburg.-Südamerika	240.—	Lauchhammer	384.—
Hansa-Dampfschiff	230.—	Laurahütte	258.25
Nordd. Lloyd	173.50	Linoel Erfurt	228.—
Banken:		Linke u. Hofmann	365.—
Bank für Thür.	156.—	Ludwig Loewe u. Co.	227.—
Berl. Handelsges.	207.—	Lothringer Hütte	310.—
Comm u. Diskontobank	—.—	Mannesmannröhren	373.—
Darmstädter Bank	144.—	Maschinenfabr. Buckau	242.—
Dess. Landesbank	136.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	224.—
Deutsche Bank	243.50	do. Caro Heg.	369.50
Diskonto-Comm.	197.25	do. Kokswerke	418.50
Dresdner Bank	168.—	Orenstein u. Koppel	270.—
Credit-Anst. Leipzig	122.25	Phönix-Bergb.	448.—
Mitteld. Kreditbank	141.75	Rhein. Metall-Vorz.	463.—
Privat-Bank	—.—	Rhein. Stahlwerke	372.—
Nationalbank	150.25	Riebeck. Montan	355.—
Oesterr. Kredit	89.⅞	Rombacher Hütten	236.
Reichsbank	140.—	Rositzer Braunk.	419.50
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	242.—
Schultheiss-Brauerei	243.—	Sangerhäuser Masch.	468.—
Akt. f. Anilin	262.—	Hugo Schneider u. Co.	—.—
Allgem. Elektr.-Ges.	301.50	Schuckert u. Co.	—.—
Ammendorfer Papierf.	650.—	Siemens u. Halske	336.—
Anhalter Kohlenw.	276.—	Stettiner Chamotte	365.—
Annaburger Steingut	343.—	Stettiner Vulkan	220.—
Badische Anilin	455.—	Stollberger Zink	271.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	—.—	Strals. Spielkarten	351.—
Berl. Masch.-Bau	200.—	„Terra", Samen-A.-G	283.—
Bismarckhütte	560.—	Thale-Eisenhütte	412.—
Bochumer Gußstahl	348.—	Triptis-Akt.-Ges.	238.50
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Türkische Tabakregie	—.—
Chem. Griesheim	363.—	Ver. Köln-Rottweiler	356.75
Chem. v. Heyden	322.—	Wegelin u. Hübner	385.—
Consolidation Schalke	712.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	164.—
CröllwitzerPapierfabr.	270.50	Westeregeln-Alkali	400.—
Daimler-Motoren	230.—	Wittener Gußstahl	368.25
Deutsch-Luxemburg	300.20	Wrede-Mälzerei	770.—
		Zeitzer Masch.	144.—
		Zellstoff Waldhof	568.—
		Otavi-Minen	328.—
			84.—

Tendenz: schwach.

Börsenstimmungsbild. An der Börse vollzog sich heute ein Kulissenwechsel insofern, als im Zusammenhang mit der starken Steigerung aller ausländischen Devisenpreise wegen des Weichens des Markkurses im Auslande das Interesse sich von den seither beginnstigten Kohlen-, Eisen-, Kali- und Industrie-Aktien abwandte und bei lebhafter Geschäftstätigkeit auf die sogenannten Valutapapiere überging. Erstere wurden stark realisiert, mußten einschließlich der Schiffahrts-, Farb- und Elektroaktien bis zeitweise 12 Prozent im Kurse nachgeben. Dagegen bei Petroleum-, Kolonial-, Schantung-, Mexikaner und Deutsche Ueberseer-Papiere zum Teil ganz beträchtliche Kursgewinne zu verzeichnen. Deutsche Erdöl 1725, Petroleum 830. Daß trotzdem in deutschen Papieren von den Kursverlusten Bruchteile wieder hereingebracht werden. Doch blieb die Stimmung für deutsche Papiere bei stillerem Geschäft ungünstig bei eher nachgebenden Kursen, wogegen sich die feste Tendenz für Valutapapiere behauptete. Am Rentenmarkt blieb das Geschäft still. Einzig Reichsanleihe-Industriemark realisierte die Börsenspekulation.

Produktenbericht. Das Geschäft am Hafermarkt blieb heute in engen Grenzen und die Händler beobachteten wegen der starken Steigerung der ausländischen Devisenpreise vorläufig Zurückhaltung. Prime Viktoria-Erbsen wurden in kleinen Posten zu Spezialzwecken gekauft und sonst nur zur Verfügung stehende andere Hülsenfrüchte erworben. Am Markt für Kartoffelflocken sich nichts geändert. Wetter: schön.

„H.Z." Sportberichte

Nationale Sportfeste

Die Sportsprache ist dem Laien nicht so ohne weiteres verständlich. Wohl weiß er letzten Endes, was er unter dieser oder jener Benennung zu verstehen hat, aber in ihren feinen Unterschieden sind sie ihm weniger geläufig. So hat Halle morgen seinen Mauern ein Nationales Sportfest. Er unterscheidet sich nun ein solches Fest von den sonstigen und warum die Bezeichnung national? Die Sportfeste z. B. der Leichtathletik, an deren Adresse sich das Sportfest morgen auf dem Sportplatze am Zoo richtet, können Vereinsfeste, Vereinsmeisterschaften, dann sich aufbauend solche des Gaues des Kreises und des Verbandes sein, die wiederum in deutschen Meisterschaften der deutschen Sportbehörde ihre Krönung haben. Das sind an sich alles nationale Veranstaltungen, da auf heimischem Boden beziehungsweise von nur Landeskindern. Trotzdem führen diese Kämpfe nicht die Bezeichnung national, weil sie für sie selbstverständlich, da zu ihnen Ausländer nicht zugelassen sind. Die Bezeichnung national und als Gegensatz international tragen die privaten Veranstaltungen der Vereine und geben den Rahmen des Festes wieder. Ein nationales Sportfest ist die Veranstaltung eines Vereins, die Teilnehmer aus dem ganzen Reiche offen ist. Abwandlungen von dieser Form sind möglich, so daß also ein Mittelding zwischen deutsches Sportfest nur für Mitglieder des Mitteldeutschen Verbandes, ein Norddeutsches nur für Teilnehmer des Norddeutschen Verbandes usw. offen ist. Sie sind zwar auch national, führen aber nicht diese Bezeichnung. Ein Internationales Sportfest ist offen für die Vertreter aller Nationen, wie z. B. dasjenige des Berliner Sportklubs am letzten Sonntage, das Ungarn am Start sah, oder die Wettkämpfe des V. f. L. Altona morgen, zu denen ebenfalls Ungarn gemeldet haben.

Wenn also der V. f. L. Halle 96 morgen zu einem Nationalen Sportfest einladet, so besagt das, daß sich am Start Teilnehmer aus allen Teilen unseres Vaterlandes einfinden dürfen und damit dem Gegner der größtmögliche Rahmen gesichert ist. Hans Hädicke.

Tennis-Turnier Halle

Wer an einem schönen Sonnentage in den Jahren vor dem großen Krieg über die Weißnitzbrücke nach der Heide zu wandelte, der verspürte wohl nicht, an den Tennisplätzen des Hallenser Tennis-Klubs einen Augenblick zu verweilen. Dort herrschte meistens ein fröhliches Leben und Treiben, und es war eine Freude, dem Spiel der weißgekleideten Gestalten, die mit Begeisterung ihren Schläger schwangen, zuzusehen. Dann kam der Krieg. Die Plätze lagen verödet. Bald wucherten Unkraut und wildes Gestrüpp hoch und dicht auf der einst so gepflegten Fläche, daß man den ursprünglichen Zweck der Anlagen kaum wiedererkennen konnte. So lagen die Plätze jahrelang. Jetzt in diesem Frühjahr zum Teil wieder hergestellt worden. Wer heute schaut man dort dieselben lebensfrohen Bilder wie einst. Besonders in diesen Tagen wird sehr fleißig gespielt. Die Mitglieder des Vereins ausgeschriebenen Wettkämpfe sind in vollem Gange. Bereits gestern nachmittag wurden die Vorrunden abgespielt und heute erwartet man die auswärtigen Gäste. Der Sonntag wird die Entscheidungskämpfe bringen. Hoffentlich bleibt das Wetter trocken und klar, damit keine unliebsamen Störungen eintreten. Hervorragende Spieler, u. a. Dr. Gast, Dr. Schönburgk und Graf Matuschka werden ihre Kräfte messen, so daß die Kämpfe spannend und fesselnd verlaufen werden.

Kirchliche Nachrichten.

8. Sonntag nach Trinitatis, 25. Juli 1920.

Abkürzungen: Abendmahl = (M), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen: 8 (A) Fripe, 10 Bauke, 11¾ (K) Kirche Klinikkapelle 10½ Heindorf.

Ulrich: 8 Schütz, 10 (A) Thiede.

Ulrich-Ost: Kronbotenfest. 6a 10 Schütz.

Moritz: 8 Bikar Gilck, 10 Voigt. — Hospital: 10 Kelle.

Laurentius: 8 Hagemeyer, 10 Förster, 11½ (K) Ernst Wa Dienstag 8 (B) Gem.-Haus Förster.

Stephanus: 8 Meinhof, 10 Hagemeyer. — Mittwoch 8 Nähverein Gem.-Haus. — Donnerst. 8 Zeitandacht Ulrichstr.

Meinhof. — 7 Frittag 8 Mitterabend Gem.-Haus Hagemeyer.

Diakonissenhaus: 10 Generalsup. Schröter.

Paulus: 8 Teege, 10 (M) Haberland, 2 (K) Stud. Mengel.

Mittwoch 8 Gem.-Stunde.

Georgen: 8 Bikar Jahr, 10 Giese. — Mittwoch 8 (B) Gi

Riedel-Stift: 10 Bikar Jahr.

Johannes: 8 Kindervater, 10 Butz, 12¾ (K) Butz, 2 (K) Fe

Stadtmission: Abends 8¼ Evangelisation Schniewind. — Mittwoch 8¼ Gemeinsch.-Std.

Giebichenstein, Bartholomäus: 8 Molkenteller, 10 Bibelstunde. Freitag 8 Bibelbesprechung, Pastalozzisfr. 4 Molkenteller.

Petrus: 10 Molkenteller.

Teotha: 10 (K.) Jenrich, K. fällt aus. — Mittwoch 8 Kirchenchor Uebungsstunde im Kassegarten. — Donnerstag 8 (B.) Jenrich.

Christliche Gemeinschaft (i. b. Landeskirche): 8¼ Evangelisation. Donnerstag 8¼ Bibelstunde.

Diemitz: 9 Pepold, 10½ (K) Pepold.

Dölau: 11 Gottesdienst; Hilfspred. Reinert.

Lettin: 8½ Gottesdienst; Hilfspred. Reinert.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher (beurlaubt).
Verantwortlich für Politik: L. R. Hans Helling; für politische Nachrichten, Handel, Wirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenleit: L. R. Kurt Steinhöwel; sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallesches Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007241-11/fragment/page=0004